Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3237

05. 10. 79

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 10. Oktober 1979

am Donnerstag, dem 11. Oktober 1979

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Generalbundesanwalts, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus weitere Änderungen der Strafprozessordnung und Verschärfungen im materiellen Strafrecht (z. B. Befürwortung von Gewalttaten) einzuführen?

2. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Sind der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür bekannt, daß bei Verfahren vor den Finanzgerichten Wartezeiten bis zu zwei Jahren vorkommen, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Zusagen der den Liniendienst nach Berlin betreibenden Fluggesellschaften (Verbesserung der Abfertigung der Passagiere am Boden und in der Luft, Erweiterung der Platzreservierungen, Gewährleistung der Pünktlichkeit planmäßiger Flüge, Gewährung neuer Vorzugstarife, Modernisierung des Fluggeräts) bisher nicht eingehalten wurden?

4. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese, für die Passagiere so wichtigen Verbesserungen durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Welche Ursachen sieht die Bundesregierung dafür, daß in den letzten Jahren von den im Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) – zum Teil schon viele Jahre – wohnhaften Türken jeweils weniger als 1 Promille eingebürgert worden sind?

6. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Wie viele der Türken, die in den letzten Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, waren Ehegatten Deutscher?

7. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Hat – wie die Presse meldete – Bundesinnenminister Baum erklärt, bei dem Begriff Nazi denke er „immer an kleine Kinder, die in Verbrennungsöfen geschickt wurden", und dies im Zusammenhang mit einem Vergleich linksradikaler Gewaltdemonstranten und Chaoten mit den Methoden, die früher nationalsozialistische Kampfverbände (SA und SS) in politischen Veranstaltungen von Andersdenkenden geübt haben?

8. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Arbeitet die Arbeitsgemeinschaft TÜV im Auftrag des Bundes weiter an der Prüfung von Planungsunterlagen für das Entsorgungszentrum bei Gorleben, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage und in welchem Umfang?

9. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die vom Land Niedersachsen abrupt abgebrochene standortspezifische ökologische Bestandsaufnahme in Gorleben, ohne die sich die Wirkungen von Entsorgungseinrichtungen auf Umwelt und Bevölkerung in der Region nicht analysieren lassen, unverzüglich durch die unabhängigen Sachverständigen fortsetzen zu lassen und damit eine Gleichbehandlung von sicherheitstechnischer und ökologischer Begutachtung zu gewährleisten?

10. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Hat die Bundesregierung inzwischen die von der iranischen Regierung zugesagten Dokumente sowie den angeforderten Bericht des US-Senatsausschusses über die SAVAK-Tätigkeit ausgewertet, und zu welchen Erkenntnissen über eine mit unserer Rechtsordnung nicht zu vereinbarende Zusammenarbeit von Mitgliedern des Bundesamts für Verfassungsschutz sowie anderer Nachrichtendienste mit dem Geheimdienst SAVAK ist sie dabei gekommen?

11. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung, daß bei Bundesgrenzschutzabteilungen am Zonenrand Soll- und Ist-Stärke der Bundesgrenzschutzbeamten weit auseinanderklaffen, und wenn ja, wie glaubt die Bundesregierung, angesichts der Tatsache des Personalmangels die Einsatzbereitschaft aufrechterhalten zu können?

12. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

War der Bundesregierung die Abhaltung des „Exilparteitags" der Berliner NPD am vergangenen Wochenende in Niedersachsen – Kreis Diepholz – bekannt?

13. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der bei der Papierherstellung verwendete Anteil von Altpapier von 45 v. H. im Jahr 1970 auf 40 v. H. im Jahr 1978 abgesunken ist?

14. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um beträchtlich größere Mengen Altpapier als seither der Wiederverwendung zuzuführen?

15. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Arbeit der deutsch-französischen Regierungskommission für Standortfragen von Kraftwerken erbracht, und sind konkrete Auswirkungen für Standortentscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zu erwarten?

16. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Hat die Bundesregierung alle der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mitgeteilten Störfälle bis 1977 erfaßt, und sind diese mit den in der vor kurzem erschienenen Dokumentation des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. veröffentlichten Störfallberichten deutscher Kernkraftwerke identisch?

17. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die seither zur Kenntnis der GRS bzw. des Bundesinnenministeriums gelangten Störfälle in vollem Umfang zu veröffentlichen, und wenn nicht, welche rechtlichen Gründe stehen dem entgegen?

18. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, – soweit erforderlich in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und auch mit den Anrainerstaaten an Ost- und Nordsee sowie mit weiteren beteiligten Staaten (Alliierte) – auf eine möglichst umfassende und aktualisierte Bestandsaufnahme hochgiftiger chemischer Kampfstoffe (Tabun, Senfgas, Phosgen, etc.) nach Lagerungsort, Menge und Giftstoff hinzuwirken, die in der Ost- und Nordsee versenkt und die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 an verschiedenen Stellen im Boden vergraben worden sind, wie z. B. in Teilgebieten der Lüneburger Heide?

19. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Liegen der Bundesregierung ausreichende wissenschaftlich abgesicherte Untersuchungen vor bzw. sind ihr solche bekannt, aus denen zuverlässig hervorgeht, daß das Giftrisiko der im Meer bzw. im Boden gelagerten chemischen Kampfstoffe insgesamt gesehen relativ gering sei, oder hält die Bundesregierung weitere Anstrengungen auf wissenschaftlichem, technischem und finanziellem Gebiet für notwendig, um mit allen Beteiligten und Verantwortlichen das Giftgasproblem im Meer und zu Lande mittel- und langfristig meistern zu können?

20. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung auf Grund ihrer Kenntnisse über im Gebiet Adlergrund bei Bornholm und anderer Stellen in der Ostsee und in der Nordsee nach dem 2. Weltkrieg versenktes Giftgas und andere chemische Kampfstoffe unternommen, um zu verhindern, daß Menschen und das Meeresbiotop geschädigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Glaubt die Bundesregierung, daß sie die in Tokio eingegangene Verpflichtung, die jährlichen Öleinfuhren in den Jahren von 1980 bis 1985 auf dem Stand des Jahrs 1978 zu halten, erfüllen kann?

22. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wenn nicht, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um 1980 und in den folgenden Jahren die Öleinfuhr gegenüber 1978 nicht steigen zu lassen?

23. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Nichtzustandekommen des von der Veba-AG initiierten Ankaufs wesentlicher Anteile an der kalifornischen Betridge Oil Corporation, und warum hat das Bundeswirtschaftsministerium in diesem Zusammenhang die Einmütigkeit der DEMINEX-Partner zur Vorbedingung für eine Bundeshilfe gefordert?

24. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Muß nach Auffassung der Bundesregierung über die Struktur von DEMINEX neu nachgedacht werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

25. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die dänische Industriefischerei in der Nordsee erneut Zuwachsraten verzeichnet, in ihren Auswirkungen auf die Schutzmaßnahmen zur notwendigen Bestandserhaltung und Pflege und als Beweis für die bisherige Vergeblichkeit aller Bemühungen um einen Abbau dieser Fischerei, und welche Folgerungen zieht sie aus ihrer Einschätzung der Lage?

26. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Vermeidung und Linderung etwa durch Krankheitsfälle bedingter sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligungen von Landwirtsfamilien und deren Betrieben die eigens dafür eingerichteten privaten Hilfsdienste, wie zum Beispiel den Betriebshilfsdienst „Dümmer" e. V., zu unterstützen, indem die Bundesregierung die von solchen Betriebshilfsdiensten eingesetzten landwirtschaftlichen Betriebshelfer nicht nur im Einzelfall und vorübergehend vom Wehrdienst unabkömmlich stellt, sondern indem sie deren Tätigkeit generell als Wehrersatzdienst anerkennt?

27. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung nach Prüfung der Rechtslage, auch unter Abwägung von Wehrgerechtigkeit und sozialer und wirtschaftlicher Notlage in der Landwirtschaft, mit den Kreiswehrersatzämtern ins Benehmen setzen, um die Personalschwierigkeiten solcher Betriebshilfsdienste durch Anerkennung der Betriebshelfer als Wehrersatzdienstleistende abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

28. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Können Nebenerwerbslandwirte, die die Beitragsvoraussetzungen in einer gesetzlichen Rentenversicherung für eine flexible Altersrente erfüllen, diese in Anspruch nehmen und gleichzeitig ihren landwirtschaftlichen Betrieb unabhängig von der Größe weiterführen, und wenn nein, zieht die Bundesregierung eine Novellierung der geltenden Regelungen in Betracht?

29. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Veranlaßte das Arbeitsamt Ansbach ein Unternehmen, einen Ausbildungsplatz für einen jugendlichen Griechen zur Verfügung zu stellen, und stellte es demselben Unternehmen aber einen Bußgeldbescheid zu, weil irrtümlich die Arbeitserlaubnis nicht beantragt wurde, und wenn ja, welche Chancen gibt die Bundesregierung den allseitigen Bemühungen zur Integration jugendlicher Ausländer, wenn auch andere Arbeitsämter etwa so verfahren würden, wie das Arbeitsamt Ansbach?

30. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß von einem Arbeitsamt, welches selbst auf die Einstellung eines ausländischen Arbeitnehmers hingewirkt hat, auch erwartet werden kann, vor Einleitung eines Bußgeldverfahrens gegen diesen Betrieb zunächst wegen des fehlenden Antrags auf Arbeitserlaubnis zurückzufragen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

31. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Was versteht die Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Frau Anke Fuchs, unter „gewerkschaftlich organisierten sozialdemokratischen Versammlungen", zu deren Besuch sie in einer Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion aufgerufen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

32. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse der europäischen Zusammenarbeit bei Planung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern und die Möglichkeit, ein Abkommen zu schließen über diejenigen Programme, bei denen bis zum Ende dieses Jahrhunderts Standardisierung oder Interoperabilität realisiert werden muß?

33. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Bis wann müßte der Abschluß eines solchen Abkommens erfolgen, das die Erreichung dieser Ziele in dem genannten Zeitraum sicherstellt?

34. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Generalmajor Bastian die Auffassung vertreten hat, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ebenso wie die Geschwister Scholl, Wilhelm Leuschner und Oberst Graf Stauffenberg „für ein humaneres Deutschland gestorben" seien, und teilt die Bundesregierung diese Auffassung, und wenn ja, ist in absehbarer Zeit mit der Benennung von Bundeswehreinrichtungen nach Liebknecht und Luxemburg zu rechnen?

35. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wieviel Starfighter der Bundeswehr sind insgesamt im In- und Ausland abgestürzt, wie viele Menschen (Piloten und Zivilbevölkerung) sind dabei ums Leben gekommen?

36. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Höhe des Personen- und Sachschadens (einschließlich der zu zahlenden Hinterbliebenenrenten) größenordnungsmäßig beziffern?

37. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Warum werden Wehrpflichtige, die sich vor der Einberufung zum Wehr- oder Zivildienst nach Berlin absetzen, nicht bei der Ausreise hieran gehindert, nachdem es der Bundesregierung auf Grund des alliierten Berlin-Vorbehalts verwehrt ist, Wehrpflichtige, die sich durch einen Aufenthaltswechsel nach Berlin dem Wehr- oder Zivildienst zu entziehen versuchen, von dort zurückzuholen?

38. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie die Presse meldete – der Vorsitzende des militärischen Komitees der Nato, der norwegische Viersternegeneral Zeiner Gundersen, im Namen der Natostaaten – also auch der Bundesrepublik Deutschland – der Beurteilung des Londoner Instituts für strategische Studien hinsichtlich eines annähernden ato-

maren Patts der beiden Machtblöcke in Europa widersprochen und erklärt hat, die Sowjetunion habe mit ihren „SS 20"-Mittelstreckenraketen und und dem „Backfire"-Bomber ein Ungleichgewicht geschaffen, und muß gegebenenfalls aus dieser Feststellung des Nato-Generals nicht eine außerordentliche Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abgeleitet werden?

39. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bekanntgabe eines Briefs des amerikanischen Verteidigungsministers an den Bundesverteidigungsminister eine Woche vor dessen Besuch in den USA, in dem die Bundesregierung ersucht wird, für eine weitere Erhöhung des Verteidigungsetats zu sorgen?

40. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bewogen, eine Woche nach der Bekanntgabe dieses Briefs durch den Bundesaußenminister öffentlich die Bereitschaft zu einer solchen Erhöhung des Verteidigungsetats zu signalisieren?

41. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von der Bevölkerung am Untermain im Bereich der Städte bzw. Gemeinden Amorbach und Miltenberg (Landkreis Miltenberg) die Beschwerden und Proteste gegen den Fluglärm von Flugzeugen der Bundesluftwaffe immer stärker werden und besonders in der bayerischen Fernsehsendung „Jetzt red i" sowie auch bei den Beratungen des Stadtrats in Amorbach der Unmut gegen diese Fluglärmbelästigung deutlich zum Ausdruck kam, und was will die Bundesregierung unternehmen, um den Tiefflugbereich und damit auch den Fluglärm im Landkreis Miltenberg mit seinen vielen Erholungs- und Fremdenverkehrsorten einzuschränken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

42. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländischen Staatsbürgern, die in der DDR eine Approbation als Arzt erhalten haben, diese in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannt wird, und was ist die Bundesregierung bereit zu tun, um diesem Zustand abzuhelfen?

43. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung innerhalb ihrer Kompetenzen in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß die zuständigen Stellen ein energisches Handeln bei Verstößen der Jugendsekten gegen die Arbeitszeitordnung zur Regel werden lassen?

44. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Aktenmaterial des Berliner NS-Rassenhygiene-Instituts, das unter Leitung von Robert Ritter und Eva Justin zusammen mit der NS-Zigeuner-Zentrale für die Vernichtung der Zigeuner im 3. Reich verantwortlich war, sich in privater Hand von Herrn Prof. Dr. Hermann Arnold in Landau (Pfalz) befindet, und wenn ja, wird sie darauf hinwirken, daß das Aktenmaterial umgehend aus der Hand von Dr. Arnold entzogen und in das Bundesarchiv nach Koblenz überstellt wird, da dies für eine öffentliche Aufarbeitung von NS-Verbrechen notwendig ist?

45. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sogenannte Wabbeltiere aus Weichkunststoff (PVC) vor allem bei Kleinkindern zu schweren gesundheitlichen Schäden führen können, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Handel mit derartig gefährlichem Spielzeug zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

46. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Trifft es zu, daß es noch 50 Brücken dieses Typs, der jetzt bei einem Unfall auf der A 2 bei Dortmund eingestürzt ist, über deutschen Autobahnen gibt?

47. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Standsicherheit dieser Brücken verbessert wird?

48. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, nach den Zusammenbrüchen der Autobahnbrücken bei Duisburg und Dortmund zu überprüfen, ob die anderen Brücken gegen Unfälle bzw. Beschädigungen, wie sie durch den schweren Lastwagenverkehr auftreten können, genügend gesichert sind?

49. Abgeordneter **Spöri** (SPD)

Welche neue Vorgehensweise beabsichtigt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Prüfung der Verlagerung des Personenverkehrs von der Bahn auf die Straße im Rahmen der ursprünglich in Betracht gezogenen 6000 Kilometer Bahnstrecke?

50. Abgeordneter **Spöri** (SPD)

Welches neue Prüfverfahren ist dabei insbesondere für die in dem ursprünglichen 6000 Kilometer-Konzept enthaltene Strecke Lauffen – Leonbronn beabsichtigt, und wird in diesem neuen Prüfverfahren, wie im bisherigen Prüfkonzept, die Bundesregierung eingeschaltet?

51. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Lärmentwicklung von motorisierten Zweirädern inzwischen zu einer unerträglichen Umweltbelastung geworden ist, und ist sie bereit, die notwendigen Konsequenzen dahin gehend zu ziehen, daß ein Verfahren entwickelt wird, das die unverzügliche Erfassung von „frisierten" Motoren an Zweirädern an Ort und Stelle zuläßt?

52. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Industrie Krafträder entwickelt, die nur schwer und unter erheblichem Aufwand hinsichtlich ihrer Lärmentwicklung verändert werden können?

53. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Gibt es bei der Deutschen Bundesbahn Überlegungen, die eine Konzentrierung von Personal und Dienststellen in Nürnberg zu Lasten von Regensburg zum Ziel haben, und wenn ja, welche?

54. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß § 15 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen (FAG) den Bestimmtheitsanforderungen des § 1 StGB genügt, auch im Hinblick darauf, daß durch die allgemeine Genehmigung von Fernmeldeanlagen nach § 2 FAG nicht der Gastgeber, sondern die Verwaltung die tatbestandlichen Voraussetzungen der Strafbarkeit nach § 15 FAG konkretisiert, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

55. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die ab 2. Oktober 1979 gültige Gebührenermäßigung für den Neuanschluß und die Übernahme eines Telefonanschlusses auch schon für am 1. Oktober 1979 umgemeldet bzw. neu angemeldete Anschlüsse wirksam werden zu lassen, da erfahrungsgemäß dieser Termin als Quartalsende bzw. Monatsbeginn bevorzugt als Umzugstermin gewählt wird und daher eine sehr große Anzahl von Neu- und Ummeldungen an diesem Tag vorgenommen werden?

56. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, amtliche Formulare, wie z. B. den Postscheckbrief der Deutschen Bundespost, dahin gehend zu ändern, daß nunmehr anstatt der alten Bezeichnung „Im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)“ der Ausdruck „Im Bundesgebiet und Berlin“ zu finden ist, und wer zeichnet für diese Änderung verantwortlich?

57. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Hat der Bundespostminister Erkenntnisse darüber, wieviel Schreibtelefone von Gehörlosen in der Bundesrepublik Deutschland und speziell in Baden-Württemberg z. Z. im Einsatz sind, und wie schätzt er die Entwicklung des Bestands für die nächsten Jahre in den genannten Gebietsbereichen ein?

58. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Hat der Bundespostminister ermitteln lassen, mit welchem ungefähren Zeitverlängerungsfaktor Gehörlose beim Informationsaustausch unter Verwendung eines Schreibtelefons im Vergleich zu gesunden Telefonbenutzern rechnen müssen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bald für Gehörlose, welche ein Schreibtelefon verwenden, eine spezielle Gebührenregelung zu schaffen, und falls nein, aus welchen Gründen?

59. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenhang mit den jetzt erfolgenden Gebührensenkungen im Telefonverkehr dafür zu sorgen, daß die Deutsche Bundespost entsprechend dem Zonenrandförderungsgesetz für die Telefonkunden im Zonenrandgebiet besonders günstige Bedingungen schafft, was durch besondere Gebühren und durch größere Nahverkehrsbereiche als in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kommen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

60. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung beim Ankauf des ehemaligen Hotels Petersberg das Inventar nicht mit erworben und die jetzt von einem privaten Auktionator mit erheblichem Gewinn vorgenommene Versteigerung nicht selbst durchgeführt, um die dabei erzielten Gewinne zur Reduzierung der Renovierungskosten zu benutzen?

61. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Welche Überlegungen haben die Bundesregierung dazu geführt, aus dem zukünftigen Gästehaus der Bundesregierung, das vielfach Ort historischer Begegnungen in der Vergangenheit gewesen ist, sämtliches historische Mobiliar zu entfernen?

62. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wieso es beim Neubau des Kanzleramts nicht möglich war, die jetzt aufgetretenen Baumängel zu verhindern, bzw. weshalb konnten die für die Planung Zuständigen diesen Schaden nicht vermeiden?

63. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Weshalb wurden Leistungen abgerechnet, die nicht erbracht wurden und deren Fehlen niemandem auffiel, bzw. wie konnten preisgekrönte Außenanlagen ausgeführt werden, die verkehrstechnisch unpraktikabel waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

64. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit der Innovationsberatungsstellen und deren Auswirkung auf die regionale Wirtschaftsstruktur?

65. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Branchen und Unternehmen (Größe) nehmen die Leistungen der Innovationsberatungsstellen bevorzugt in Anspruch, und wie soll dieser Service zukünftig ausgebaut werden?

66. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um die Länder, Kommunen und sonstigen öffentlichen Dienststellen auf die Ziele des 3. Datenverarbeitungs-Förderprogramms, insbesondere in der Beschaffungspolitik zu verpflichten, und welches waren die Ergebnisse?

67. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Gibt es — wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz eV (BBU) behauptet — einen geheimgehaltenen „Störfallbericht der Bundesregierung“, in dem mehrere Störfälle nahe „einer Atomkatastrophe“ aufgezeichnet sind, oder sind der Bundesregierung Störfälle bekannt, die bisher geheimgehalten wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

68. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Sind der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür bekannt, daß Zigeunerkinder in zahlenmäßig größerem Umfang nicht der bestehenden Schulpflicht genügen?

69. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Schullaufbahnen von Zigeunerkindern in auffälliger Weise vom sonstigen Bild (zum Beispiel Verteilung auf weiterführende Schulen, Besuch von Sonderschulen, erreichte Abschlüsse) abweichen?

70. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Hält die Bundesregierung besondere, auf Zigeunerkinder beschränkte schulische Fördermaßnahmen sowie Maßnahmen zur Ansprache der Zigeunereltern für erforderlich?

71. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche Ausbildungsgänge der beruflichen Bildung jugendliche Zigeuner wählen und ob sie die Ausbildung abschließen?

72. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß selbstverantwortliche Tätigkeit von Schülern und Jugendlichen in Schülerzeitschriften/jugendeigenen Zeitungen grundsätzlich von hohem pädagogischen und gesellschaftlichen Wert sind und daher Förderung verdienen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Förderung der Schülerpresse/jugendeigenen Zeitungen, und wie können die Aktivitäten erweitert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

73. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß entgegen den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom September 1977, April 1978 und vom 26. April 1979 neuerliche Verladungen von Milchpulver der Nahrungsmittelhilfe der EG nach Somalia mit Ostblockschiffen durch deutsche Firmen stattgefunden haben?

74. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in Übereinstimmung mit den genannten Kabinettsbeschlüssen inzwischen einen Erlaß des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom August 1973, in dem die Beteiligung von Ostblockschiffen am Transport der Nahrungsmittelhilfe vorgesehen wurde, zurückgezogen?

75. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie ist die Weigerung von Bundesminister Offergeld, mit dem chilenischen Außenminister Hernan Cubillos während dessen Bonn-Aufenthalt zu einem politischen Gespräch zusammenzutreffen, damit in Einklang zu bringen, wenn Besuchern aus linksorientierten Diktaturen von der Bundesregierung stets betonte Höflichkeit und große Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, und ist zudem die Tatsache, daß wenig später die Witwe des ehemaligen chilenischen Präsidenten Salvator Allende von verschiedenen Regierungsmitgliedern aus der SPD zu Gesprächen empfangen worden ist, nicht als Affront gegenüber dem chilenischen Außenminister zu verstehen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

76. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Was waren die Beweggründe für Bundeskanzler Schmidt, Frau Allende zu empfangen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

77. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Berliner „Document Center" frühestens mit Inkrafttreten des Haushalts 1981 in deutschen Besitz übergehen soll, und wenn ja, weshalb wurde nicht ein früherer Übergabetermin gewählt?

78. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Soll die künftige Verwaltung nicht von einer Außenstelle des Bundesarchivs in Berlin wahrgenommen werden, obwohl dies allein fachlich zuständig ist, und wenn ja, weshalb?

79. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist die beständige Forderung der Volksrepublik Polen nach Änderung von Artikel 116 des Grundgesetzes und des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts nach Auffassung der Bundesregierung eine völkerrechtliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, und weist sie diese Forderungen energisch zurück?

80. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung gegenüber Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und der UdSSR bei der Fürsprache für Menschenrechte deutscher Staatsangehöriger und deutscher Volkszugehöriger auch auf die Weltpakte für polnische und bürgerliche Rechte berufen?

81. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die rückläufige Ausreise von deutschen Volksangehörigen aus der Sowjetunion, nachdem der Bundesinnenminister noch am 25. Mai 1979 in Moskau vor der Presse erklärt hatte, „daß bei seinem Gespräch mit dem sowjetischen Innenminister Schtscholokow Fragen der Familienzusammenführung im Geiste der KSZE-Schlußakte sowie der früheren bilateralen Erörterungen behandelt worden seien. Die Fortführung dieser Politik sei bestätigt worden"?

82. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Werden Partnerschaften mit polnischen Städten mit hohen Zuschüssen der Bundesregierung gefördert, wie der SPD – Stadtrat Gerhard Gollnast der Stadt Kerpen erklärt hat, und wenn ja, wie hoch sind diese Zuschüsse?

83. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Umstände hindern die Bundesregierung, über eine gezielte Entwicklungshilfe an Vietnam den Wiederaufbau des durch totale Kriegführung zerstörten Lands zu fördern und damit eine der Ursachen für das Problem der Vietnamflüchtlinge beseitigen zu helfen, statt nur zwangsläufige Folgen zu lindern?

84. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler bei seiner Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, Jindrich Zahradnik, auch die Besorgnis der Bundesregierung über die menschenrechtliche Situation in der CSSR, besonders über die Verfolgung der Unterzeichner der Charta 77, zum Ausdruck gebracht, und wenn ja, in welcher Weise ist das der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden?

85. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

In welchen Staaten der Welt gibt es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung nach wie vor Konzentrations- oder Straflager für politische Gegner des jeweils herrschenden Regimes oder für sonstige politische Häftlinge, und was wird die Bundesregierung in Berücksichtigung des Appells des Papstes vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen unternehmen, um die betroffenen Staaten zur Beseitigung dieser Lager und zur Freilassung der darin gefangen gehaltenen Häftlinge zu veranlassen?

86. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß das Recht eines Volks auf Selbstbestimmung und sein eigenes Heimatland allgemeine Gültigkeit beansprucht, oder will sie dieses Recht nach den jüngsten Darlegungen des Bundesaußenministers und des Sprechers der EG vor der UNO nur den Palästinensern zubilligen?

87. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen den Tatsachen, daß sie gemeinsam mit den Partnern in der EG die Rückkehr der Palästinenser in ihr Heimatland für legitim erklärt, während Bundeskanzler Schmidt die Rückkehr der Gebiete in deutsche Hand, in denen heute Deutsche nicht mehr siedeln, nach den in Berlin getroffenen Feststellungen als für ihn „nicht vorstellbar" bezeichnet, und wenn ja, wie kann sie diesen Widerspruch auflösen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wieviel Druckaufträge des Bundespresseamts und der Bundesministerien sind im Jahr 1978 und der ersten Hälfte des Jahrs 1979 an private, parteieigene oder bundeseigene Druckereien vergeben worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Darf ich die Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage B 52, Fragestunde vom 20. September 1979 (Drucksache 8/3173) dahin verstehen, daß die Bundesregierung den Austausch von Militärattachés als einen Ausdruck von militärischer Zusammenarbeit wertet, und wenn ja, muß dann aus der Entsendung eines Militärattachés an die deutsche Botschaft in Moskau geschlossen werden, daß die Bundesregierung sich in einem Stadium militärischer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion befindet?

3. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Auf welche Art werden die seestrategischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Raum Südafrika derzeit konkret wahrgenommen [vgl. Antwort der Bundesrepierung vom 20. September 1979 auf meine Frage B 52 (Drucksache 8/3174)]?

4. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Beliefert die Bundesregierung den Iran z. Z. mit Waffen, oder liegen ihr Erkenntnisse vor, nach denen Firmen in der Bundesrepublik Deutschland den Iran z. Z. mit Waffen beliefern?

5. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Hat der Bundesminister des Auswärtigen das Minderheitenproblem der Kurden im Iran an geeigneter Stelle zur Sprache gebracht, bzw. hat die Bundesregierung eine entsprechende Stellungnahme abgegeben?

6. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, daß das Problem der kurdischen Minderheit im Iran auf friedliche Weise gelöst wird?

7. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Nach welchen Prinzipien und Kriterien wählt die Bundesregierung Honorarkonsuln im Ausland aus?

8. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung – gegebenenfalls mit welchem Ergebnis – mit den alliierten Luftattaches Verhandlungen aufgenommen, um sicherzustellen, daß den Flugpassagieren im Berlin-Verkehr die angekündigte Erhöhung der Flugpreise erspart bleibt?

9. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Welche Initiativen sind von seiten der Bundesrepublik Deutschland unternommen worden, um die Aufarbeitung der historischen und geographischen Fakten der deutsch-polnischen Beziehungen unter Berücksichtigung der Schulbuchempfehlungen voranzutreiben, und welchen Beitrag hat insbesondere die Ständige Konferenz der Kultusminister hierzu geleistet?

10. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Welche Auffassungsunterschiede bestehen hinsichtlich der Berücksichtigung der Schulbuchempfehlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Polen, und inwieweit läßt sich hier eine Annäherung erzielen?

11. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welchen Ländern der Bundesrepublik Deutschland die nach dem Kulturabkommen vorgesehene „Berücksichtigung" der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen besonders weit fortgeschritten und in welchen dies weniger der Fall ist?

12. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Anzeichen dafür, daß sich die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Geschichtslehrbüchern und im Unterricht sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Volksrepublik Polen in den letzten Jahren verändert hat?

13. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an der Wirtschaftshilfe für Syrien fest, und wenn ja, warum?

14. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß für eine erfolgreiche Integration der Indochinaflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland die Sicherung einer ausreichenden Sprachförderung, mit der unmittelbar nach dem Eintreffen in Deutschland zu beginnen ist, erste und wichtigste Voraussetzung ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

15. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Zahl derjenigen Asylbewerber, für die viermonatige Sprachkurse aus dem Garantiefonds finanziert werden dürfen, bis heute auf 2 000 begrenzt ist, obwohl inzwischen aus Indochina bereits 8 000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind?

16. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bisher gezögert, die Voraussetzungen für die Finanzierung achtmonatiger Sprachkurse nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für die „Kontingentflüchtlinge" zu schaffen, die auch nach dem erklärten Willen der Bundesregierung unabhängig von einer eventuellen Anerkennung als politischer Asylant eine Gleichbehandlung mit anerkannten Flüchtlingen erfahren sollen?

17. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Können die Wohlfahrtsverbände, Kommunen und Länder, die bislang die Hauptlast der Integration tragen, davon ausgehen, daß das Bundeskabinett bis Mitte Oktober 1979 die Anwendbarkeit der Sprachförderungsvorschriften des AFG auf die Kontingentflüchtlinge als wesentlichen Aspekt der Gleichbehandlung mit anerkannten Asylflüchtlingen beschließen wird?

18. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Hat Bundeskanzler Schmidt auf seiner am 6. September dieses Jahres im Hotel „Intercontinental" in Budapest gehaltenen Pressekonferenz die tausendjährige Geschichte der Deutschen und Osteuropäer mit der Bemerkung erläutert, „Ich verstehe genug von dieser Geschichte, um zu wissen, daß man diese ewigen Konflikte nicht noch ein weiteres Mal verlängern darf", wie aus einem Kommentar von Radio Budapest (BPA-Ost-Informationen am 24. September 1979) hervorgeht?

19. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Zieht der Bundeskanzler aus seiner auf der gleichen Konferenz bekundeten Volksdeutung, wonach „die Preußen überhaupt keine Deutschen gewesen sind, sondern eine Sprache sprachen, die dem Litauischen ähnlich war" auch die Folgerung, daß die Stämme um Karl den Großen und seine Vorgänger „überhaupt keine Franzosen gewesen sind, sondern eine Sprache sprachen, die dem Fränkischen ähnelt"?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeorndeter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung – etwa mit Rücksicht auf Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes – eine Meinung darüber gebildet, ob kommunalrechtliche Vorschriften, die (wie z. B. in Nordrhein-Westfalen) vorgesehen, daß eine Person, die in den letzten drei Monaten vor einer Kommunalwahl ihren Wohnsitz von einer Gemeinde des Lands in eine andere verlegt und in keiner der beiden wahlberechtigt ist, mit dem Grundgesetz vereinbar sind, und wenn ja, welche Auffassung vertritt die Bundesregierung?

21. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der jeweilige Personal- und Präsenzabbau bei in Berlin residierenden Bundesbehörden seit dem 31. Dezember 1968, sofern bei einzelnen Bundesbehörden ein solcher Abbau stattgefunden hat?

22. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Weshalb erhalten die Angehörigen des Bundeskriminalamts nicht die Sicherheitszulage nach Vorbemerkungen Nummer 8 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes, und weshalb wird ihnen die Zulage für Polizeivollzugsbeamte nach Nummer 9 der Vorbemerkungen nicht gewährt, obwohl die Kriminalbeamten des Bundeskriminalamts Polizeivollzugsbeamte nach dem Bundespolizeibeamtengesetz sind?

23. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, diese finanzielle Schlechterstellung zu beseitigen und die Angehörigen des Bundeskriminalamts in die in Frage 22 genannten Zulageregelungen einzubeziehen?

24. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Vertreter des Bundes in der gemeinsamen Grenzkommission mit der DDR den Fall des Flüchtlings Wegner bisher nicht zur Sprache gebracht haben, und wenn ja, aus welchen Gründen ist dieses nicht geschehen?

25. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung die DDR an ihre Pflichten zu erinnern, die sich aus der Unterschrift der DDR unter der Deklaration der Haager-Friedenskonferenz ergeben und derzufolge Selbstschuß- und Tötungsgeräte, wie sie an der Demarkationslinie der DDR installiert sind, nicht zulässig sind?

26. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich bei der nach Abschluß der Kampfhandlungen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone erfolgten Gewahrsamsnahme und anschließenden Verschleppung der Rußland-Deutschen in die Sowjetunion um eine der kommunistischen Herrschaftsweise eigentümliche und mit rechtsstaatlichen Vorstellungen unvereinbare politisch bedingte Willkürmaßnahme der sowjetischen Besatzungsmacht gehandelt hat, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den nunmehr als Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland kommenden Betroffenen unter diesem Gesichtspunkt die Eingliederungshilfen nach dem Häftlingshilfegesetz unter Berücksichtigung der Gesamtdauer des Gewahrsams zukommen zu lassen?

27. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung insbesondere in der Lage und gegebenenfalls bereit, die mit der Durchführung des Häftlingshilfegesetzes betrauten Behörden anzuweisen, bei ihren Verwaltungsentscheidungen davon auszugehen, daß in diesen Fällen ein politischer Gewahrsam vorlag, und damit die durch neuere Rechtsprechung eingetretene Rechtsunsicherheit beim Vollzug des Häftlingshilfegesetzes zu beseitigen, oder hält sie eine gesetzliche Regelung für erforderlich?

28. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich unter den von besorgniserregenden Materialfehlern betroffenen französischen Kernkraftwerken, bei denen es sich um schwerwiegende Fabrikationsfehler am Reaktordruckbehälter und am Dampferzeuger der französischen Reaktorbaulinien „PWR 900 NWE“ (Westinghause Lizenz) handeln soll, auch am Oberrhein gelegene Kernkraftwerk Fessenheim befindet, und wenn ja, ist die Bundesregierung über die möglichen Materialfehler unterrichtet, und ergeben sich daraus Risiken für unsere Bevölkerung?

29. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung auf Grund der ihr vorliegenden Informationen die Befürchtungen weiter Kreise der Bodenseeregion, daß das von Schweizer Seite geplante Zentrallager für flüssige Treib- und Brennstoffe im Calanda-Massiv bei Haldenstein in Graubünden auf Grund der tektonischen Aktivität dieses Raums zu Grundwasserschäden und damit neuen Ölgefahren für den Bodensee führen könnte?

30. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Wieweit sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf Grund der internationalen Bodenseeverträge und im Zusammenhang mit der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee diese Befürchtungen bzw. Gefahren im Hinblick auf den für 10 Millionen Menschen bedeutsamen Trinkwasserspeicher Bodensee abzuwehren?

31. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche Mittel hat die Bundesregierung in den Jahren 1976 bis 1978 zur Erhaltung und Renovierung des unter Denkmalschutz stehenden Industriemuseums „Maschinenhalle Zollern II" in Dortmund-Bövinghausen zur Verfügung gesetellt?

32. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in den nächsten Jahren für noch erforderliche Renovierungsarbeiten sowie für den Aufbau des Industriemuseums Zollern II weitere Mittel im Rahmen des Haushaltstitels „Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmälern mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung" zur Verfügung zu stellen?

33. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das geltende Beihilferecht kinderreiche Familien benachteiligt, weil die Progression des Beihilfesatzes vom vierten Kind an ausgeschlossen ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diese Schlechterstellung der kinderreichen Familien zu beseitigen?

34. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Gibt es nach den Kantinenrichtlinien des Bundes (Rundschreiben des Bundesinnenministers vom 21. Oktober 1974 – D III 7 – 213 321/15) nur einen Zuschuß für Inhaber von Essensmarken, und wenn nein, wie hoch war die Zuschußgewährung des Bundes seit dem 1. Januar 1979 für die Beschäftigten, die nicht die Absicht hatten, an einer verbilligten Hauptmahlzeit/Ersatzmahlzeit (Kaltverpflegung) teilzunehmen?

35. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, seit wann bekannt ist, daß Abwässer und Klärschlamm in erhöhter Konzentration Cadmium und Cadmiumverbindungen enthalten?

36. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche technisch-physikalischen Möglichkeiten es gibt, Cadmium und Cadmiumverbindungen zu beseitigen?

37. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Hat die Bundesregierung in ihrer öffentlichen Dokumentation über Störfälle in deutschen Kernkraftwerken weniger Störfälle angegeben, als die BBU in ihrer Dokumentation?

38. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „besondere Vorfälle in Kernkraftwerken", der in der Dokumentation der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie verwendet wird?

39. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Sind die Lagerstätten mit vergrabener chemischer Kampfstoffmunition im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (z. B. in der Breloher Heide) – soweit Dienststellen des Bundes dafür verantwortlich sind – so sorgfältig gesperrt, daß für die Zivilbevölkerung keine entsprechenden Gefahren bestehen?

40. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung richtig, daß die Gefahren, die technischen Schwierigkeiten und die Kosten einer Bergung der chemischen Kampfstoffe im Meer und Boden so hoch eingeschätzt werden, daß man den langsamen Zerfall der Munition und chemischen Kampfstoffbehälter für den einzig vertretbaren Weg hält?

41. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Läuft die Fünfjahresfrist nach § 9 Abs. 1 Satz 3 des Fluglärmgesetzes fünf Jahre nach der ersten Festsetzung eines Lärmschutzbereichs auch für jene Betroffenen endgültig ab, die jetzt nicht in der Schutzzone 1 liegen, aber bei einer angelaufenen Neufestsetzung des Lärmschutzbereichs wegen Änderung des auf dem Flugplatz stationierten Flugzeugtyps in der neuen Schutzzone 1 liegen werden, und wie wird die Bundesregierung gegebenenfalls von Betroffenen geltend gemachte Ansprüche behandeln?

42. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Für wie viele Einwohner der Bundesrepublik Deutschland sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung moderne Schutzräume vorhanden, die den Erfordernissen des Zivilschutzes entsprechen, für wie viele Einwohner sind behelfsmäßige Schutzräume und für wie viele keinerlei Schutzräume gegen die feindliche Waffeneinwirkung im Verteidigungsfall vorhanden?

43. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wieviel den Erfordernissen eines modernen Zivilschutzes entsprechende Schutzräume für wie viele Personen werden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung im Jahr 1979 fertiggestellt werden, und mit welchen Zahlen ist im Jahr 1980 zu rechnen?

44. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche Informationen kann die Bundesregierung über die Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfallstoffe der DDR im grenznahen, ehemaligen Salzkohlebergwerk Bartensleben und über die Planungen zur Einlagerung hochradioaktiver Stoffe in Bartensleben geben?

45. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung den Schutz der Bevölkerung vor einer Strahlengefährdung auf Grund von Unfällen oder unzureichenden Sicherheitsbestimmungen der DDR sicherstellen?

46. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie oft Ausländerbehörden der Bundesländer nach dem 1. Januar 1977 die Annahme von Asylgesuchen abgelehnt oder Asylgesuche nicht an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge weitergeleitet oder nicht bearbeitet haben?

47. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in wieviel Fällen eine solche Behandlung von Asylgesuchen darauf gestützt worden ist, daß ein Anerkennungsgrund im Sinne des § 28 des Ausländergesetzes nicht geltend gemacht wurde (Nummer 3 Satz 2 zu § 38 AuslVwV) bzw. die Anerkennung offensichtlich rechtsmißbräuchlich begehrt wurde (Nummer 6 Satz 2 zu § 8 AuslVwV)?

48. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine Änderung der Nummer 3 Satz 2 und Nummer 6 Satz 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 38 des Ausländergesetzes für zweckmäßig?

49. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie viele Personen sind im Bundesinnenministerium seit 1974 im Bereich „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz", nach Jahren gegliedert, bis einschließlich 1979 tätig gewesen?

50. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie gliedert sich diese Zahl nach Planstellen-Beschäftigten und sonstigen Beschäftigten bis einschließlich 1979?

51. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Läßt sich die Auffassung der INFCE-Arbeitsgruppe „Schnelle Brüter“, daß von der Schnelle-Brütertechnik nur ein Bruchteil der von der Leichtwasserreaktortechnik insgesamt zu erwartenden Gesundheitsgefährdung ausgeht, auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere den Reaktor bei Kalkar, übertragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

52. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige Landgerichte einschließlich der nachgeordneten Amtsgerichte, z. B. das Landgericht München I, im Gegensatz zu anderen zuständigen Gerichten, bei Klagen auf Zustimmung zum Mieterhöhungsverlangen regelmäßig den dreifachen statt den einfachen Jahresmietunterschiedsbetrag als Streitwert festsetzen, mit der Folge, daß Mieter und Vermieter, die in diesen Gerichtsbezirken wohnen und klagen (beklagt werden), ein weitaus höheres Prozeßkostenrisiko zu tragen haben, und durch welche Maßnahmen im Verantwortungsbereich des Bundes könnte diesem Umstand abgeholfen werden?

53. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung einen Bericht über die Erfahrungen mit dem Vollzug des Gesetzes zur Änderung der Straßprozeßordnung, das am 16. Februar 1978 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, vorlegen?

54. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen seit Einführung der gesetzlichen Regelung des § 103 Abs. 1 Satz 2 StPO Durchsuchungen auf Grund dieser Ermächtigung durchgeführt wurden; und in wieviel dieser Fälle Fahndungserfolge erzielt werden konnten?

55. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in wieviel Fällen seit Einführung der Vorschrift Ermittlungen nach § 88a StGB durchgeführt, Verfahren eingeleitet wurden; und in wieviel Fällen es zu Verurteilungen nach § 88a StGB kam?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

56. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Trifft nach Meinung der Bundesregierung die öffentlich aufgestellte Behauptung zu, die zweiprozentige DM-Aufwertung bedeute für die deutschen Landwirte einen Einkommensverlust bis zu einer Milliarde D-Mark, oder wie ist der Sachverhalt tatsächlich?

57. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche effektiven Auswirkungen für den Agrarbereich haben die Leitkursänderungen vom 24. September 1979?

58. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Kommen durch die im Rahmen des Wechselkursverbunds des EWS beschlossene Aufwertung des DM-Leitkurses um zwei Prozent den Niederlanden zusätzliche Wettbewerbsvorteile gegenüber den deutschen Gärtnern in Höhe von 44 Millionen Gulden jährlich zu, wie eine Berechnung des Zentralverbands Gartenbau ergeben hat, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

59. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)	Welche Bestimmungen des Steuerrechts, wie z. B. § 33 b EStG, stehen heute noch im Widerspruch zum Finalitätsprinzip der Rehabilitation, und wann gedenkt die Bundesregierung in diesen Vorschriften die Gleichbehandlung aller Behinderten ohne Rücksicht auf die Ursache ihrer Behinderung zu verwirklichen?
60. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Ist durch das 6,8 Milliarden-DM Aktionsprogramm für das Ruhrgebiet, an dem der Bund mit 1,8 Milliarden DM beteiligt ist, der Förderungsvorsprung Berlins gefährdet?
61. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	In welchen Punkten fördert das Aktionsprogramm bei den zukunftsweisenden Technologien und Innovationen das Ruhrgebiet vergleichbar wie Berlin?
62. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung ab 1. Juli 1979 um ca. 8 v. H. für ausreichend und die gleichzeitige Absenkung der Vergütungssätze bei Jahresfahrleistungen über 10 000 Kilometer auf 0,24 DM pro km für bestimmte Fahrzeugtypen für gerechtfertigt, wenn die Steigerungsraten seit der Anhebung vom 1. November 1973 – wie der ADAC mitteilte – bei über 40 v. H. liegen?
63. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung zu einer Überprüfung der jetzt geltenden Sätze unter Berücksichtigung der Tatsache bereit, daß eine Reihe von Bundesländern die über 10 000 Kilometer liegenden Fahrleistungen mit höheren Sätzen, so z. B. Baden-Württemberg mit 0,27 DM und Bayern mit 0,28 DM vergüten?
64. Abgeordneter **Dr. Pfennig** (CDU/CSU)	In welchen Bereichen über die Technologie- und Innovationsförderung hinaus beginnt das Aktionsprogramm eine mit der Berliner vergleichbare Förderung des Ruhrgebiets?
65. Abgeordneter **Dr. Pfennig** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, auch für Berlin zusätzliche Mittel oder weitere Steuerpräferenzen für die Förderung der Stadterneuerung, Verbesserung des Wohnumfelds, des Umweltschutzes und des Sports zu gewähren?
66. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	In welchem Umfang wurden insbesondere im Raum Köln – Bonn Wohnungen und Häuser aus Bundesbesitz an Einzelpersonen bzw. gemeinnützige Institutionen oder Unternehmen seit 1972 verkauft, und in welchem Umfang wurde die Öffentlichkeit über den beabsichtigten Verkauf informiert, damit Interessenten sich melden konnten?
67. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang bei Warentermingeschäften Firmenzusammenbrüche erfolgt sind, in welcher Höhe Forderungsausfälle entstanden und inwieweit bei diesen Vorgängen ausländische Firmen beteiligt waren?
68. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung bei den Warentermingeschäften in der Bundesrepublik Deutschland?

69. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie die Presse meldet, das Steuerprivileg von Angehörigen diplomatischer Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland mißbraucht wird, und in welchem Umfang geschieht dies nach Kenntnis der Bundesregierung?

70. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Auf welche Weise wird, sollte dies zutreffen, die Bundesregierung diesen Mißbrauch unterbinden?

71. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Wie hoch sind, nach Einzelplänen geordnet, die Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an internationale Organisationen, Vereinigungen oder Projektvorhaben laut Bundeshaushalt 1980?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

72. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Gutscheine nach dem Energiesicherungsgesetz im Werte von 3,2 Millionen Liter Diesel auf dem Weg von Bonn nach Würzburg verschwunden sind, (s. Meldung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 25. September 1979), und waren diese Gutscheine an das Landratsamt Würzburg oder die Stadt Würzburg unterwegs?

73. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Welcher Schaden ist gegebenenfalls entstanden oder kann bei Gebrauch der Gutscheine entstehen, und wie kann er so wieder behoben werden, daß im Krisenfalle die notwendigen Gutscheine zur Verfügung stehen?

74. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im Rahmen der EG-EFTA-Ursprungsbestimmungen erforderliche getrennte Lagerhaltung (körperliche Trennung) für identische Waren unterschiedlichen Ursprungs für die beteiligten Unternehmen erhebliche Kosten und verwaltungstechnische Schwierigkeiten mit sich bringt, und ist die Bundesregierung deshalb bereit, dafür einzutreten, daß dem durch Erlaß III B 8 Z 1077-8/77 vom 18. Januar 1977 zugelassene buchmäßige Nachweis der Ursprungseigenschaft (Globalnachweis) EG-weit Geltung verschafft wird?

75. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Wird sich die Bundesregierung bei den Partnerstaaten der EG und den EFTA-Ländern, insbesondere Österreich und der Schweiz, dafür einsetzen, daß der Globalnachweis Bestandteil des Protokolls Nr. 3 (EG/EFTA-Ursprungsbestimmungen) wird?

76. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der wichtigsten europäischen Stahlverbraucherbranchen – die in der Europäischen Gemeinschaft rund 7,5 Millionen Arbeitsplätze repräsentieren –, die EG-Kriesenmaßnahmen am Stahlmarkt aufzuheben, und wird sie an ihrem Standpunkt, den sie 1978 und Anfang 1979 vertreten hat, einer Verlängerung für 1980 nicht zuzustimmen, festhalten?

77. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Kann die Bunderegierung Auskunft darüber geben, wieweit die Bemühungen gediehen sind, eine Überschaubarkeit der Subventionen in der EG-Stahlpolitik zu erreichen, und hat sie den Eindruck, daß

in diesen Jahren ernsthaft die Umstrukturierung der unrentablen Stahlunternehmen vorangekommen ist?

78. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen sieht sich die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, den Lahnkreis Lahn-Dill in die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" aufzunehmen und zum Bundesausbaugebiet zu erklären?

79. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Gewährt die Bundesregierung Finanzhilfen (Zuschüsse oder Darlehen) an mittelständische Betriebe für Investitionen zur Verminderung schädlicher Immissionen, und wo sind diese gegebenenfalls in welcher Höhe veranschlagt?

80. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei der Versorgung mit Hausbrandkohle für Bundesbahnbedienstete zu erheblichen Verzögerungen gekommen ist, und wird sie dafür Sorge tragen, daß die Belieferung ordnungsgemäß erfolgt?

81. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche Prognosen für den Wasserbedarf der Elektrizitätswirtschaft und welche Prognosen für den Gesamtwasserbedarf in der Bundesrepublik Deutschland liegen der Bundesregierung vor?

82. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Zahl der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren entwickelt (mit und ohne Landwirtschaft)?

83. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, ihre 500 Millionen DM Fördermittel aus dem DEMINEX-Projekt „Schwerölfeld/Belridge Oil Comp." zurückzuziehen, obwohl das Projekt auch ohne Beteiligung der Wintershall Ag bei Übernahme der entsprechenden Anteile durch die anderen VEBA-Partner durchführbar gewesen wäre, und waren die Gründe nicht schon vor der vorläufigen Bewilligung der Mittel für die betroffenen Bundesministerien erfahrbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

84. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Beispiele europäischer Länder nennen, wie in ihrer Antwort vom 11. September 1979 auf eine mündliche Anfrage erwähnt, in denen die international üblichen Gebühren für Leistungen des Veterinärwesens im grenzüberschreitenden Verkehr mit Tieren erhoben werden, und in welcher Höhe werden dort Abgaben verlangt unter Berücksichtigung des erhöhten Sonn-, Feiertags- und Nachttarifs?

85. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

In welcher Form hat die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin die Frage der unverhältnismäßigen Gebührenerhöhungen gegenüber der DDR aufgenommen und mit welchem Ziel?

86. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Was haben die deutschen Vorstöße in Sachen holländisches WIR-Gesetz und landwirtschaftliche Wettbewerbsverzerrungen bei der EG-Kommission und der niederländischen Regierung bisher bewirkt?

87. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

In welchem Ausmaß wird aus dem Ausland importiertes Obst und Gemüse auf Thalliumspuren überprüft, wie gründlich ist diese Kontrolle, und in welchem Umfang haben sich dazu 1978 Beanstandungen ergeben?

88. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist das Kapitel „Agrar-Sozial-Politik" in der neuen Broschüre von Minister Eisenmann und Staatssekretär Nüssel „Der Bayerische Weg" nicht von dort, sondern von der Bundesregierung gestaltet worden, und stammen die darin erwähnten „öffentlichen Mittel" aus dem Bundeshaushalt?

89. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Hat die Bundesregierung geprüft, welche Konsequenzen – etwa im Hinblick auf die zunehmende bodenunabhängige Veredelung – sich aus der im „Bayerischen Weg" enthaltenen Forderung ergibt, „Bei der einzelbetrieblichen Förderung sind alle landwirtschaftlichen Betriebe grundsätzlich gleichzustellen" im Vergleich zu der differenzierenden und auf den einzelnen Betrieb abgestellten Förderung des Bundes?

90. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Trifft es zu, daß bei der Erfassung der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte auch solche Personen aufgenommen werden, die vom jeweiligen Betriebsleiter als solche gemeldet worden sind und die in einer der vier Wochen des Berichtsmonats eine Stunde in der Landwirtschaft beschäftigt waren, und wenn ja, ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß eine solche Zählweise die tatsächliche Statistik der in der Landwirtschaft tätigen Personen verfälscht?

91. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist die Bundesregierung analog der Zählweise in anderen Wirtschaftsbereichen bereit, angepaßte bzw. korrigierte Zahlen vorzulegen, und wenn ja, wie viele Personen sind dann nach einer solchen korrigierten Statistik tatsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt?

92. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bodenproduktion je Vollarbeitskraft in der deutschen Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren sich mehr als versiebenfacht hat, und wenn ja, welche Konsequenzen hat die Bundesregierung in der Agrarpolitik daraus gezogen?

93. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Trifft es zu, daß rund 200 000 der einkommenstärksten landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 4/5 des gesamten in der Bundesrepublik Deutschland erzielten landwirtschaftlichen Reineinkommens (Gewinn) erwirtschaften und demzufolge den verbleibenden rund 640 000 landwirtschaftlichen Betrieben ab 1 ha LF lediglich der Rest bzw. 1/5 des in der Bundesrepublik Deutschland erzielten landwirtschaftlichen Reineinkommens (Gewinn) verbleibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

94. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben (evtl. auch nur schätzungsweise), wieviel Witwerrenten nach § 1266 RVO bzw. § 43 AVG in den im Rentenanpassungsbericht 1979 (Drucksache 8/2709) aufgeführten Witwenrenten enthalten sind?

95. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Witwer, die nur deshalb keine Witwerrente erhalten, weil die verstorbene Ehefrau nicht die Voraussetzung des § 1266 RVO bzw. § 43 AVG erfüllt hat, d. h. zwar versichert war, aber den Unterhalt der Familie nicht überwiegend bestritten hat?

96. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben (evtl. auch nur schätzungsweise), wie viele von den im Rentenanpassungsbericht 1979 aufgeführten 3 489 000 Bezieherinnen von Witwenrente aus der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung im Januar 1979 außerdem eine eigene Rente nach § 1247 RVO bzw. § 24 AVG oder § 1248 RVO bzw. § 25 AVG bezogen?

97. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ferner angeben, wie viele Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung den Ertragsanteil ihrer Rente nach § 22 des Einkommensteuergesetzes versteuern müssen?

98. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß vom Bundesamt für den Zivildienst gespeicherte persönliche Daten von Kriegsdienstverweigerern/Zivildienstleistenden an Religionsgemeinschaften, Privatfirmen oder Organisationen des Privatrechts weitergegeben werden, und wenn ja, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung erfolgt die Weitergabe dieser Daten?

99. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wird den Zivildienstleistenden gegebenenfalls mitgeteilt, welche Daten aus ihren Personalakten an Private weitergegeben werden, und wie wird sichergestellt, daß die weitergegebenen Daten nicht privatwirtschaftlich genutzt werden?

100. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 10. Mai 1978 (AZ 4 AZ R 740 – 76) im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden eine zeitlich unterschiedliche Beachtung gefunden hat, so daß in einer Übergangszeit entgegen dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts die Renten eines Schwerbehinderten noch auf das Übergangsgeld angerechnet wurden?

101. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch bei rechtskräftiger Festsetzung von Übergangsgeld unter Anrechnung der Rentenzahlung zumindest vom Zeitpunkt des Bundesarbeitsgerichtsurteils (10. Mai 1978) an ein Ausgleich auf dem Kulanzweg durch die öffentliche Hand erfolgen muß, und wenn ja, wird sie in ihrem Verantwortungsbereich das Erforderliche veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

102. Abgeordneter **Dipl.-Ing. Jung** (FDP)

Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsminister beabsichtigt, bis Ende des Jahrs endgültig festzulegen, ob Koblenz oder Rastatt der Standort des zukünftigen Wehrmuseums wird?

103. Abgeordneter **Dipl.-Ing. Jung** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Festung Ehrenbreitstein als Standort des Deutschen Wehrkundemuseums aus historischen Gründen, aber auch wegen der engen Beziehungen zum Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung besonders gut geeignet wäre, und wenn ja, wird sie diesem Gesichtspunkt entscheidende Bedeutung beimessen?

104. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach für zahlreiche Angehörige der auf der Insel Rügen stationierten Fallschirmjägereinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR der dänische Sprachunterricht obligatorisch ist?

105. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beim Manöver „Harte Faust“ erhebliche Mängel, insbesondere bei der Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe festgestellt wurden – wie die Presse meldete –, und auf welche Ursachen sind diese Unzulänglichkeiten gegebenenfalls zurückzuführen, und welche Maßnahmen werden zu deren Beseitigung durchgeführt?

106. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich bei diesem Manöver auf den verschiedenen Führungsebenen auch Ausbildungsmängel in der Lagebeurteilung, in der Entschlußfassung und in der Befehlsgebung zeigten, die es zwingend erforderlich machen, die Aus- und Weiterbildung der Offiziere kritisch zu überprüfen und diese weniger theoretisch-abstrakt, sondern mehr praxisbezogen zu gestalten?

107. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bevölkerung in den Gebieten der Bundesrepublik Deutschland, über denen ein reservierter Luftraum für militärische Übungsflüge ausgewiesen ist, auf Grund des sich dort konzentrierenden militärischen Flugaufkommens mit relativ häufigen risikoreichen Flugmanövern einem überdurchschnittlichen Absturzrisiko ausgesetzt ist?

108. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Ist die Bundesrepublik Deutschland gewillt, im Rahmen der durch den Absturz von Militärmaschinen notwendig gewordenen Schadensabwicklung zu prüfen, ob durch einen Zinszuschuß die finanziellen Belastungen der Betroffenen gemindert werden können?

109. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Ist die Mindestflughöhe für Strahlenflugzeuge bei Luftübungen der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland auf 250 Fuß über Grund, in Frankreich und England doppelt so hoch und in den Niederlanden und Belgien viermal so hoch angesetzt worden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auch auf diesem Gebiet eine Angleichung der Lärmbelästigung für alle Bürger in Europa zu erreichen?

110. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist dem Bundesverteidigungsminister die vom Deutschen Bundeswehrverband herausgegebene Dokumentation zum Verteidigungshaushalt 1980, „Der Mensch im Mittelpunkt“ – auch in den Streitkräften?‘ bekannt, und welche Konsequenzen wird das Bundesverteidigungsministerium gegebenenfalls ziehen?

111. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis einer Meinungsumfrage, die 1978 repräsentativ für eine Bevölkerung im Alter von 16 Jahren aufwärts durchgeführt wurde, hinsichtlich des Verhaltens bei einem Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland, demzufolge nur noch 18 v. H. der Befragten (1971 41 v. H.) mit der Waffe zu kämpfen bereit sind, 37 v. H. (1971 30 v. H.) irgendwie

kämpfen und sich wehren wollen, wohingegen 43 v. H. (1971 26 v. H.), bei Befragten aus der Bildungsoberschicht sogar 45 v. H., beides ablehnen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um dieser gefährlichen Bewußtseinslage entgegenzuwirken?

112. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung zu den laut Zeitschrift „Die Zeit" vom 21. September 1979 von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer gegen das Bundesverteidigungsministerium erhobenen Vorwürfen, wonach durch die Angabe falscher statistischer Zahlen das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1978 zu einem Fehlurteil über die Wehrdienst- und Zivildienstnovelle verleitet wurde?

113. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Trifft es zu, daß durch verheimlichte Zahlen falsche Angaben über die Stärke der wehrdienstfähigen Geburtsjahrgänge gemacht wurden?

114. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wurde gegenüber dem Bundesverfassungsgericht der jährliche Ergänzungsbedarf für die Bundeswehr mit 282 000 angegeben, während im neuen Weißbuch nur 252 000 angeführt sind, und wenn ja, wie ist dies zu erklären?

115. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Trifft es zu, daß durch irreführende Bezeichnungen z. B. verheiratete Wehrpflichtige mit dem Tauglichkeitsgrad „Signierziffer 3" verbucht wurden?

116. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat der Bundesverteidigungsminister in Sachen Erweiterung der Standortübungsplätze in Wetzlar bisher keine bindende Erklärung abgegeben, und welche Stellungnahme der hessischen Landesregierung zu diesen Plänen hat die Bundesregierung erhalten?

117. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß ein Teil unserer grundwehrdienstleistenden Soldaten, nämlich diejenigen, welche zu sogenannten Zwischeneinstellungsterminen einberufen worden sind, erst so spät aus dem Grundwehrdienst entlassen werden, daß sie von einem auf den anderen Tag und ohne jede Vorbereitung wieder in ihre zivile Tätigkeit zurückkehren müssen, während die Masse der aus dem Grundwehrdienst Entlassenen infolge der zentralen Festsetzung des Entlassungstages in der Regel einige freie „Übergangstage" hat?

118. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne der de Maizière-Kommission (Entbürokratisierungsvorschläge) auf den Bericht über Besuche von Politikern bei der Bundeswehr (VMBl. 1979) zu verzichten, zumal im Weißbuch der Bundeswehr 1979 „zur Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland" richtig und sinngemäß festgestellt wird, „. . . immer mehr . . . Kontrolle und Zentralisation . . ." beeinträchtigen „. . . das Führen nach der Auftragstaktik" (Nummer 176), zugleich wird auf das verfassungsmäßige „Recht auf ungehinderte Information" (Nummer 152) des Soldaten im Rahmen der „Politischen Bildung in der Bundeswehr" hingewiesen?

119. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die „Leistung aus dem Willen zur Mitverantwortung" (Nummer 247) völlig eingeengt wird, daß alle Vorgesetzten belastet, bevormundet und überwacht sind, wenn im VMBl. vorgeschrieben ist, „Nach dem Besuch ist demselben Empfängerkreis ein fernschriftlicher Bericht mit folgenden Angaben vorzulegen: Name, Vorname, Parteizugehörigkeit, Funktion des Besuchers, besuchter Truppenteil/ Dienststelle, kurze Schilderung des Verlaufs, Diskussionsthemen und Fragen, beteiligter Personenkreis (Off., Uffz., Mannschaften, Beamte, Arbeitnehmer, Vertrauensmänner, Personalvertretung)", und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

120. Abgeordneter **Dr. Schwenk (Stade)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Vorbereitungen zur Einrichtung der Unterhaltsvorschußkassen auf Verwaltungsebene teilweise nur schleppend anlaufen?

121. Abgeordneter **Dr. Schwenk (Stade)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen störungsfreien Ablauf der Unterhaltsvorschußzahlungen ab 1. Januar 1980 sicherzustellen?

122. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Hat das Bundesgesundheitsamt versäumt, seine Entscheidungen den Ärzten und Apothekern, für die sie rechtlich verbindlich sind und die sie auszuführen haben, in einer die Ausübung ihres Berufs nicht beeinträchtigenden Form rechtzeitig vor der Bekanntgabe an die Öffentlichkeit zuzustellen und damit seine Pflicht verletzt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung daraufhin unternommen, bzw. was wird sie unternehmen?

123. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die grundsätzliche Auffassung, daß Informationen über verschreibungs- und apothekenpflichtige Arzneimittel nur der Arzt bzw. der Apotheker sachgerecht würdigen kann und daß deren verantwortungsvolle Arbeit nicht durch Verunsicherung des sachunkundigen Publikums erschwert werden darf, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, wenn die Informationspolitik des Bundesgesundheitsamts mit diesem Grundsatz nicht in Übereinstimmung steht?

124. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie die Presse meldet – seit 1978 die Fälle von Kinderaussetzungen wieder zunehmen, daß Babys verschenkt, verkauft und verlassen werden, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

125. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß dieser Entwicklung positiv begegnet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

126. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Ist die Auffassung der Bundesregierung, keinen Rechtsanspruch auf Schadenersatz für durch Zugverspätungen oder Ausfällen eingetretene Schäden einzuführen, um zu vermeiden, daß mögliche Störungen im Betriebsablauf usw. von vornherein einkalkuliert und die Fahrpläne entsprechend gestaltet werden, so zu verstehen, daß die Deutsche Bundesbahn in ihren Fahrplänen Fahrzeiten angibt, deren Einhaltung nicht weitgehend gewährleistet ist?

127. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Zahlenmaterial darüber, wie sich die erschreckend hohe Anzahl von Motorradunfällen auf die Benutzung von schweren und leichten Maschinen verteilt?

128. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Gibt es Erhebungen, die der Bundesregierung zugänglich sind, über den Anteil an Ausländern bei Verkehrsunfällen, und wenn nicht, ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Untersuchungen durchführen zu lassen?

129. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist – wie Pressemeldungen zu entnehmen war – die Kriminalität in den Fernzügen der Deutschen Bundesbahn stark angestiegen, und – falls das zutrifft – welche Vorkehrungen werden getroffen, um die Sicherheit der Reisenden weitgehendst zu gewährleisten?

130. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Welche Priorität hat die Bundesbahnneubaustrecke Köln – Groß Gerau in der Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung?

131. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Gibt es neue Planungsabsichten über die Streckenführung im Bereich Köln – Koblenz?

132. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, an der Bundesautobahn im Streckenabschnitt Aachen-Laurensberg und Aachen-Richterich nach Einsichtnahme in die von den Anliegern durchgeführten Geräuschmessungen Lärmschutzanlagen zu errichten, um damit die durch den außerordentlich gestiegenen Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden verursachten Lärmbelästigungen zu mindern?

133. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Entspricht die in der Stadt Werdohl/Sauerland vorgesehene Ausbaumaßnahme der B 236 im Bereich der sogenannten Versestraße den Erfordernissen eines zeitgerechten Umwelt- und Landschaftschutzes?

134. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, darauf hinzuwirken, daß alternative Lösungen zugunsten eines besseren Schutzes der Umwelt und der Landschaft gefunden werden?

135. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Beurteilung, daß der Durchgangsverkehr in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm solange zusammenbrechen muß, bis eine zweite Autobahnanbindung südlich der Gemeinde geschaffen ist, und ist die Bundesregierung daher bereit, diesem Vorhaben eine besondere Dringlichkeit einzuräumen?

136. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß die stark überlasteten Bundesbahnstrecken Köln – Frankfurt, Frankfurt – Basel, Karlsruhe – München, Bremen – Münster und Hamburg – Würzburg auch nach Realisierung der im koordinierten Investitionsprogramm bis 1985 vorgesehenen Aus- und Neubaumaßnahmen teilweise weiterhin überlastet sein werden?

137. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Kann der Ausbau von Bahnstrecken im vorgesehenen Rahmen erfolgen, bzw. welche Verzögerungen sind aus welchen Gründen bei welchen Strecken zu erwarten?

138. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wie hoch werden bereits heute die Mehrausgaben geschätzt, die sich aus den Verzögerungen ergeben werden?

139. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Nordumgehung in Wedel?

140. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Befindet sich das Projekt einer Nordumgehung in Wedel noch in der Bedarfsplanung für neue Bundesstraßen, oder wurde es bereits in die Streichliste der Projekte aufgenommen, auf die aus berechtigten umwelt- und verkehrspolitischen Gründen verzichtet werden sollte?

141. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, die Bundesstraße 49 (Lahntalstraße) zwischen Wetzlar und Limburg autobahnähnlich auszubauen und statt dessen auf die geplante Bundesautobahn Reiskirchen – Montabaur zu verzichten?

142. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Engt die Verwaltungsvorschrift zu § 31 der Straßenverkehrs-Ordnung vom 5. Dezember 1975 die Möglichkeit der amtlichen Kennzeichnung von Spielstraßen (Zusatzschild 802) auf Straßen von geringer Verkehrsbedeutung selbst in Wohngebieten nicht dadurch ein, daß solche Spielstraßen nur dort zugelassen werden dürfen, wo auch der Anliegerverkehr gesperrt werden kann, und werden nicht gerade deshalb Kinder sehr viel öfter ohne Schutz dieses amtlichen Kennzeichens auf Straßen mit geringer Verkehrsbedeutung spielen als mit demselben und dadurch in erhöhtem Maße gefährdet, und wenn ja, welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

143. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist der Stillegungsplan für die Bundesbahnstrecke Neumünster – Heide numehr aufgegeben worden, und wenn nein, wann ist mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen?

144. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis haben die Besprechungen zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern hinsichtlich des Baus der Autobahnquerspange A 8 geführt, und welche alternativen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung angesichts der starken umweltmäßigen Überlastung des Raums südlich Karlsruhe, um auf den Bau der Autobahnquerspange A 8 verzichten zu können?

145. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis hat das Chefgespräch zwischen der deutschen und der französischen Regierung am 1. und 2. Oktober 1979 hinsichtlich der Staustufe Neuburgweier geführt?

146. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Fortschreibung des Bedarfsplans für den Ausbau von Bundesfernstraßen in die Umgehung bei Gernsbach im Zuge der B 462 unter Beibehaltung der Dringlichkeitsstufe 1a auch Weisenbach einzubeziehen, da sonst in Weisenbach ein „Flaschenhals" entstünde, der den Verkehrsfluß auf der ganzen B 462 beeinträchtigen würde?

147. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Bis wann wird der Ausbau der Ortsdurchfahrt Ottersweier im Zuge der B 3 beendet sein, auf welchen Betrag werden sich die Kosten dafür belaufen?

148. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Trifft es zu, daß Staatssekretär Ludwig vom baden-württembergischen Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, der im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums Verhandlungen über die Art der Fortführung der Autobahn A 81 vom derzeitigen südlichen Ende in Richtung Konstanz und nach Singen – Bietingen führt, wiederholt bei offiziellen Verhandlungen vorgebracht hat, daß bei bestimmter Verhaltensweise der von Baumaßnahmen im Raum Konstanz betroffenen Bürger die Autobahn von Singen nach Bietingen auf ganzer Länge vierspurig gebaut werden könne, während bei anderer Verhaltensweise dieser Betroffenen nicht vierspurig gebaut werden würde?

149. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Mit welchem Recht und Verbindlichkeitsgrad für den Bund kann er als Beauftragter des Bundesverkehrsministeriums solche Äußerungen abgeben, wo doch die Frage der Dringlichkeitseinreihung von Fernstraßenvorhaben in die Kompetenz des Bundestags fällt, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die Rechte des Bundestags und des Verkehrsausschusses zur Mitwirkung und Entscheidung über diese Frage gewahrt bleiben?

150. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, analog zur Bundesfernstraßenplanung eine Wasserstraßenplanung für das gesamte Bundesgebiet zu erstellen?

151. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen auch der Bau einer Staustufe bei Au/Neuburgweier Gegenstand der Erörterungen gewesen, und welches Ergebnis haben die Gespräche gegebenenfalls gebracht?

152. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wurde der französische Vertragspartner über die positiven Versuche mit einer Geschiebezugabe unterrichtet, und ist Frankreich gegebenenfalls bereit, vom ursprünglich ins Auge gefaßten und vertragliche vereinbarten Ausbau der Staustufe Au/Neuburgweier abzugehen?

153. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Sind weitere Verhandlungen mit der französischen Regierung geplant?

154. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein vom Landkreis Tübingen in Auftrag gegebenes Gutachten über die Rentabilität der Eisenbahnstrecke zwischen Tübingen und Entringen (Herrenberg) von Professor Richard Müller bei ihrer Entscheidung über einen eventuellen Antrag auf Stillegung der Strecke Tü-

bingen-Entringen zu berücksichtigen, und wird die Bundesregierung dabei auch die Empfehlung des Gutachtens, das Schienennetz über den derzeitigen Zustand hinaus von Tübingen wieder bis Herrenberg zu erneuern und als direkte Bahnstrecke zum Stuttgarter S-Bahnnetz für den Personenverkehr freizugeben, in ihre Überlegungen einbeziehen?

155. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß die durch den Wegfall bedeutender Autobahnprojekte freiwerdenden Gelder dem Straßenbau entzogen werden und eine Verlagerung zugunsten der Deutschen Bundesbahn vorgenommen werden soll, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine ersatzlose Streichung von Autobahnen in Baden-Württemberg aus strukturpolitischen Gründen nicht in Frage kommen kann und daß die Alternative nur der Ausbau bestehender Bundesfernstraßen sein kann?

156. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung darüber bewußt, daß eine leistungsfähige Nord-Südverbindung aus dem Raum Friedrichshafen – Ravensburg – Saulgau – Pfullendorf und Sigmaringen über die Schwäbische-Alb nötig ist, bei der vor allem der Alb-Aufstieg und die Umgehung des Großraums Reutlingen besondere Priorität hat, und wäre sie bereit, das Land Baden-Württemberg für ein Sonderprogramm zu unterstützen, das aus Mitteln der wegfallenden Autobahnen gespeist wird?

157. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Zeichen der europäischen Annäherung und der völkerverbindenden Tendenz des Amateurfunks, allen Funkamateuren der EG-Staaten und/oder anderer befreundeter Länder den Funkbetrieb auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Heimatrufzeichen und angehängtem Landeskenner DL ohne Formalitäten und ohne Kosten zu gestatten, sofern diese Funkamateure die entsprechenden Bedingungen ihres Heimatlands erfüllen?

158. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Lösung auch für deutsche Funkamateure im Ausland durch den Kontakt mit den auswärtigen Fernmeldeverwaltungen anzustreben, um auch die deutschen Funkamateure vor überflüssigen Behördenwegen und Kosten zu bewahren?

159. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie hoch sind die anteiligen Kosten für die Unterbringung des Verwaltungsdienstes beim geplanten Neubau des Postamts Soltau?

160. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchen anderen westeuropäischen Ländern die Errichtung und der Betrieb nicht genehmigter Funkanlagen strafrechtlich verfolgt wird, und denkt die Bundesregierung an eine Harmonisierung unterschiedlicher Vorschriften innerhalb der EG?

161. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher gesetzlichen Vorschrift hat die in allen Richtlinien, Entscheidungen und Verfahrensweisen an Gesetz und Verfassung gebundene Deutsche Bundespost nur auf die in der Antwort vom 19. September 1979 nicht näher begründete Vermutung hin, die Tatsachenfeststellung „Patenschaft Essen/Hindenburg OS" „hätte als politische Aussage mißverstanden werden können", einen

Sonderstempel verweigert, und warum können bei unveränderten gesetzlichen Grundlagen die dem entgegengesetzten Entscheidungen von 1973, 1975 und 1977 nicht als Berufungsfälle angeführt, aber – in einer freiheitlichen Rechtsordnung – in einer Formulierungsauflage der Deutschen Bundespost ein Sonderstempel „Hindenburger Heimattreffen", der die Patenschaft von Essen verschweigt, noch als zulässig erklärt werden?

162. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Trifft es zu, wie der Verband deutscher Posthalter angibt, daß von 1969 bis 1979 etwa 7 000 Posthalterstellen in der Bundesrepublik Deutschland aufgelöst worden sind, und wenn ja, mit welcher Begründung?

163. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Verfolgt die Bundesregierung diese Tendenz zur Entfernung der Präsenz der Deutschen Bundespost vom ländlichen Raum auch in Zukunft, oder sieht sie nicht vielmehr ihren gemeinwirtschaftlichen Auftrag in der Verbesserung des Angebots und Verstärkung der Präsenz gerade auch im ländlichen Raum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

164. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich am 30. September 1979 die detaillierten Nachbaukosten des Bundeskanzleramts?

165. Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen, wonach es erzwungen werden kann, Heizkosten in einer anderen Form als nach Quadratmetern umzulegen, wenn die Verteilung der Betriebskosten nach Quadratmetern im Mietvertrag vereinbart oder durch Bestimmung in der grundbuchlich eingetragenen Teilungsanordnung festgelegt ist?

166. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie viele Anspruchsberechtigte (Familien mit zwei und mehr Kindern) für eine Wohnung des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 1975, 1976, 1977 und 1978 nicht eingewiesen werden konnten?

167. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Diskrepanz zwischen zur Verfügung stehenden Wohnungen und Anspruchsberechtigten zu lösen?

168. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den Bericht „Anforderungen an Standorte von Kraftwerken aus der Sicht der Raumordnung", der in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Der Landkreis" (Nummer 8-9/1979, S. 387) erwähnt wird, der Öffentlichkeit vorlegen?

169. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Klagen über die inzwischen überaus komplizierten und umfassenden Fragen bei der Bewertung des Bundeswettbewerbs „Die besten Kleinsiedlungen" bekannt, und wenn ja, wird das Bundesministerium zukünftig dafür sorgen, daß auch normale Kleinsiedlungen an diesem Wettbewerb teilnehmen können?

170. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Studien und Gutachten fördert die Bundesregierung zum Thema Einfluß von unterschiedlichen Energieerzeugungssystemen auf Raumordnung und Siedlungsstruktur?

171. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie sind die Ergebnisse gegebenenfalls in politische Entscheidungen umgesetzt worden?

172. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das bestehende Anhörungsrecht der Stadt- bzw. Gemeinderäte gegenüber den Flurbereinigungsbehörden vollkommen unzureichend ist, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls tun, um eine stärkere Beteiligung der betroffenen Kommunalparlamente am Flurbereinigungsverfahren im Flurbereinigungsgesetz zu verankern, so daß die Einleitung und Durchführung von Flurbereinigungsverfahren gegen den Willen der Mehrheit der jeweiligen Stadt- bzw. Gemeinderäte nicht mehr möglich ist?

173. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß bereits vor der Anordnung eines Flurbereinigungsverfahrens dem Informationsbedürfnis der einzelnen Grundstückseigentümer besser als bisher Rechnung getragen wird (z. B. Offenlegung der konkreten Planungen) und die betroffenen Bürger ein gesetzlich festgeschriebenes Mitbestimmungsrecht erhalten, auf Grund dessen sie sowohl auf die grundsätzliche Entscheidung über die Einleitung eines Flurbereinigungsverfahrens als auch auf dessen Durchführung ausschlaggebend Einfluß nehmen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

174. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Nachrichten zutreffen, wonach der Staatssicherheitsdienst der DDR Listen von sogenannten Staatsfeinden zusammenstellt oder zusammengestellt hat, und wenn ja, liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die dort aufgeführten Personen in Konflikt- oder Spannungszeiten verhaftet oder sogar liquidiert werden sollen?

175. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Ergebnisse der Bundespräsidentenrunde, die zu einer Verringerung des Berliner Flugtarifs und der Zusage deutlich verbesserter Qualität des Flugservice geführt haben, nicht durch neuere Entwicklungen zunichte gemacht werden?

176. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung hat Staatssekretär Gaus die Verwahrung gegen die Antwort der Bundesregierung vom 20. September 1979 auf die Großen Anfragen der Fraktion der CDU/CSU zurückgewiesen (vergl. Nachrichtenspiegel I vom 28. September 1979), hat er darauf hingewiesen, daß die Menschenrechte nach dem allgemeinen Völkerrecht und der auch von der DDR ratifizierten Menschenrechtskonvention nicht nur innere Angelegenheit der Staaten darstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

177. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Fördert die Bundesregierung auf Antrag des Saarlands den Bau von Abfallbeseitungseinrichtungen, und wenn ja, um welche Maßnahmen handelt es sich, und wie hoch ist die jeweilige Bundesbeteiligung?

178. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Hat die Bundesregierung Möglichkeiten, um Maßnahmen zur biologisch-botanischen Abwässerklärung auch im Saarland zu fördern, und wenn ja, welche Voraussetzungen müssen im konkreten Fall erfüllt sein?

Bonn, den 5. Oktober 1979

